



Regionen im Dialog e.V.  
Geschäftsstelle bei der EUREGIO e.V.  
Enscheder Strasse 362  
48572 Gronau  
Fon: +49 2562 7020  
info@euregio.de  
www.regionenimdialog.de

*Liebe Mitglieder und liebe Freunde des Regionen im Dialog e.V.,*

*ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Wir konnten auch dieses Jahr wieder ein spannendes und vielseitiges Programm für alle an der Regionalentwicklung Interessierten bieten. Ein Höhepunkt war sicherlich das gut besuchte Transnationale Forum auf der euregia in Leipzig, auf der das Memorandum of Understanding durch meine Kollegen aus Österreich und der Schweiz sowie durch uns unterzeichnet werden konnte und damit den in Lindau begonnen Dreiländerdialog auf den Punkt brachte. Diese Kooperation werden wir in den kommenden Jahren fortführen, da sind wir drei Verbände Regiosuisse, RM Austria und der RiD uns einig. Ein weiteres Highlight war die gut besuchte, von spannenden Vorträgen und Diskussionen geprägte Jahrestagung in Bad Breisig. Die Ergebnisse werden derzeit aufbereitet und im neuen Jahr der Bundesregierung und der MKRO zugeleitet, um so die deutschen Regionen und Regionalinitiativen zu positionieren.*



*Auch 2011 haben wir wieder viel vor. Die Auswertung des Marktes der Meinungen von der Jahrestagung steht ebenso auf der Agenda der nächsten für unsere Mitglieder offenen Vorstandssitzung wie weitere Kooperationen und die Jahrestagung 2011.*

*Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches neues Jahr 2011.*

*Mit den besten Grüßen*

*Michael R. Schäfer*

*Präsident des Regionen im Dialog e.V.*

## **Jahrestagung 2010 von Regionen im Dialog e.V. - Fachkonferenz zur zukünftigen EU-Strukturförderpolitik**

Die Formulierung der Wünsche und Ansprüche der deutschen Regionen an die Inhalte der zukünftigen EU-Förderpolitik war gefragt.

Mit Unterstützung des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung Bonn fand zu dieser Fragestellung am 06. und 07.12.2010 in Bad Breisig am Rhein die Jahrestagung des bundesdeutschen Dachverbandes für Regionalverbände Regionen im Dialog e.V. statt. Expertinnen und Experten tauschten sich aus, sammelten Aspekte, die in der nächsten EU-Strukturfondperiode Berücksichtigung finden müssen. In thematischen Workshops wurden Anforderungen an die inhaltliche Ausrichtung der Regionalpolitik und Strukturfonds mit Vertretern von Bund, Ländern, Hochschulen und Regionen diskutiert und definiert.





In der Eröffnung der Fachkonferenz durch den Präsidenten von Regionen im Dialog, Michael R. Schäfer, wurde bereits die Bedeutung der frühzeitigen Positionierung der Regionen in Deutschland betont.

André Rydykowski vom Brüsseler Büro des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. stellte den Stand der Diskussion um die zukünftige Strukturförderung der EU vor.

Prof. Dr. Rainer Winkel vom Deutschen Institut für Stadt und Raum trug die Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind, vor.

Manfred Sinz, Leiter der Gruppe Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung machte die komplexen Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Raumentwicklung als weitere Herausforderung deutlich.

Die Schwerpunkte der Diskussionen wurden wie folgt verteilt und in Experten-Gesprächen und intensiver Workshop-Arbeit behandelt:

- Strukturfonds und regionale Energiekonzepte
- Strukturfonds und Silver Economy
- Strukturfonds und die städtische Dimension (Stärkung des Stadt-Land-Verhältnisses)
- Strukturfonds und Demografischer Wandel (Daseinsvorsorge)

Das Ergebnis der Tagung war ein Positionspapier, in dem die Teilnehmer und Referenten der Tagung sowie der Verein Regionen im Dialog e.V. Stellung zur zukünftigen Strukturpolitik bezogen. Zentrales Ergebnis ist, dass die Regionen in die Erarbeitung der Strukturförderpolitik einzubinden sind. (Die Inhalte des Positionspapiers sind im Anschluss wiedergegeben.)

Die Förderschwerpunkte der zukünftigen Politik müssen im Kontext zu den Tagungsthemen stehen: Regionale Energiekonzepte, Silver Economy, städtische Dimension, und demografischer Wandel. Gefragt sind integrierte Planungsansätze, die zu einer ganzheitlichen Entwicklung führen. Die Förderprogramme müssen flexibel gestaltet werden, so dass vielseitige Einzelmaßnahmen ermöglicht werden können.

Bei all den Forderungen und Wünschen ist die Zusammenarbeit von Städten, Gemeinden und Landkreisen die Grundvoraussetzung. Diese gehört noch lange nicht bei allen Gebietskörperschaften zum guten Ton, obwohl sie die Basis für die Lösung vieler Probleme ist und sie immer wieder von den Gesetzgebern eingefordert wird.





Regionen im Dialog

Regionen im Dialog e.V.  
Geschäftsstelle bei der EUREGIO e.V.  
Enscheder Strasse 362  
48572 Gronau  
Fon: +49 2562 7020  
info@euregio.de  
www.regionenimdialog.de



## **Positionspapier von Regionen im Dialog e.V. zur Strukturförderpolitik der EU**

Die bisherige Politik der EU zur Förderung der regionalen Entwicklung hilft, den Strukturwandel zu gestalten. Die Förderung der ländlichen Entwicklung über Direktbeihilfen hinaus hat sich ebenso bewährt wie die territoriale Kooperation (Ziel 3), wobei kleine und dezentral aufgelegte Programme häufig bessere und für Bürger der EU nachvollziehbare Ergebnisse erzielen, wie z.B. in INTERREG A.

Wenngleich strukturschwache Gebiete weiter besonderen Förderbedarf haben, so macht eine Förderung aller Gebiete weiterhin Sinn, weil auch statistisch starke Regionen durchaus spezifische Schwächen aufweisen können und ansonsten harte Fördergrenzen entstehen, die politisch nicht akzeptabel wären.

Dabei sollten Fördergebiete weiterhin nach dem Kriterium BIP pro Einwohner abgegrenzt werden.

Die in Brüssel diskutierte Beziehung der unterschiedlichen horizontalen und sektoralen Programme zueinander macht durchaus Sinn, weil ein integrierter Planungsansatz zu einem ganzheitlichen Handeln führen soll. Dabei sollten die horizontalen Programme den Regionen die Freiräume lassen, das zu fördern, was sie selbst als besonders wichtig erkennen. Dabei bedeutet Subsidiarität auch die Einbeziehung der funktionalen Regionen im Zuge der Operationalisierung. Mit der zukünftigen Kohäsionspolitik müssen unterschiedliche Bedürfnisse in den funktionalen Regionen angegangen werden, angefangen von großen Investitionsvorhaben bis hin zu kleinen kommunalen investiven Maßnahmen. Hier ist es Aufgabe der Strukturfonds, die funktionalen Räume als Ganzes zu werten und an dieser Raumkulisse anzuknüpfen sowie in ihrer individuellen Funktionswahrnehmung konkret zu unterstützen.

Dabei geht es nicht um Stadt oder Land, es geht nicht um Ländliche Entwicklung versus Städtische Dimension. Es geht um eine integrierte Entwicklung, zu der aus den Programmen der nach den regionalen Bedarfen bestmögliche Beitrag geleistet werden soll. Dieser ist zum Beispiel im Ruhrgebiet, in der Metropolregion Hamburg oder in dünn besiedelten oder Mittelgebirgsregionen vollkommen anders. Pro Region sollte es so zu einer integrierten Betrachtung kommen. Die Kohäsionspolitik



muss zu einem Standardwerkzeug in der Verwirklichung der Zeile eines integrativen und nachhaltigen Wachstums in allen Regionen werden. Hierzu werden Bund und Länder zu einer integrierten Programmplanung aufgerufen, die die beteiligten Ressorts (insbesondere Wirtschaft mit bisher EFRE und Agrarpolitik ELER) einbindet. Dabei erscheint es sinnvoll, die bisher allein in der Agrarverwaltung behandelte 2. Säule der Agrarpolitik mit der herkömmlichen Strukturpolitik zu verzahnen und hierbei die Landkreise bzw. deren regionale Strukturen einzubeziehen.

Die Programmausführung sollte möglichst dezentral mit weitgehender Übertragung auf die kommunale Ebene und deren Regionalstrukturen erfolgen. Dabei müssen Lösungen gefunden werden, die Programmausführung zu vereinfachen. Die zugenommene Bürokratisierung der Förderung schreckt kleine Antragsteller immer mehr ab. Erste Vorschläge der EU-Kommission wie Pauschalen sind richtig.

Grenzüberschreitende und transnationale Projekte verlangen einen höheren Aufwand im Projektmanagement, der in unveränderter Höhe als technische Hilfe weiter gefördert werden muss. Die Verwaltungsanforderungen in INTERREG B und C sind aber unangemessen hoch. Die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten werden aufgerufen, die geltenden Verfahren grundsätzlich zu verändern und das Agentur(un)wesen zurück zu führen, damit der innere Verwaltungsaufwand auf ein verträgliches Maß zurückgeführt wird. Das Problem bei INTERREG A ist die Addition nationaler Vorschriften in den Bundesländern zu den EU-Vorschriften. Bund und Länder werden aufgerufen, unter Einbeziehung erfahrener Regionalmanagements und Projektträger in eine offene Diskussion einzutreten, um die eigene Überregulierung insbesondere im Haushaltsrecht in Frage zu stellen.

Die Ausweitung der Programme um die Themen Demografischer Wandel und Klima/Energie werden begrüßt. Während zum demografischen Wandel alle Fakten auf dem Tisch liegen, bestehen kaum Einsichten in regionale Energieeffizienz und Energieverwendung, weil diese Daten nur den Versorgern zur Verfügung stehen. Der Bund wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass solche Informationen z.B. für regionale Energiekonzepte verfügbar sind. Dabei sollen auch Wege oder Anreize überlegt werden, dass die Energieversorger aus Eigeninteresse Klima schonende Entwicklungen unterstützen. Strukturpolitik kann hier helfen, dezentrale Strukturen der Energieproduktion, Energieverteilung und eine bessere Energieeffizienz voran zu bringen.

Die Aufgaben zur Bewältigung der Erfordernisse aus dem demografischen Wandel brauchen die Strukturmittel vor allem, um Anpassungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gestalten oder abzufedern, natürlich je nach örtlichen und regionalen Bedarfen. Hierzu ist auch erforderlich, die interkommunale und regionale Kooperation („Stadt-Land-Partnerschaften“) weiter zu fördern. Es





sollten nicht nur „harte“ Fördergegenstände möglich sein. So sollte es zulässig sein, auch Projekte und Entwicklungen zu fördern, die hauptberufliche und bürgerschaftliche, ehrenamtliche Arbeit zum Inhalt haben. Die neue Rolle der Zivilgesellschaft muss erkannt werden. Es sollte eine Kulturveränderung förderfähig sein, die lebenslanges Lernen, einen späteren und flexiblen Renteneintritt und auf ältere Menschen ausgerichtete Dienstleistungen und Güter miteinander verbindet. Zugleich sollten die Instrumente so flexibilisiert werden, dass auch infrastrukturelle Anpassungen an demographische Veränderungen möglich sind.

Darüber hinaus sollten auch die bisherigen Themenschwerpunkte weiter förderfähig bleiben. Bei der Operationalisierung ist insbesondere auf die Kooperation von städtischen und ländlichen Räumen und deren Funktionsteilung bzw. –Ergänzung Einfluss zu nehmen. Auch informelle flexible Planungsinstrumente sollten förderfähig sein.

*Bad Breisig im Dezember 2010*

## **Transnationales Forum auf der euregia am 26. Oktober 2010**

Im Rahmen der euregia 2010 in Leipzig wurden die Perspektiven für eine internationale Zusammenarbeit des Regionalmanagements diskutiert, deren Grundstein bereits auf dem Dreiländer-Dialog 2009 in Lindau gelegt wurde. Das transnationale Forum wurde mit einem Memorandum of Understanding abgeschlossen, welches auf der nächsten Seite abgebildet wird.

### ***Vorankündigung***

Die nächste offene Vorstandssitzung des Vereins Regionen im Dialog e.V. findet statt am Donnerstag, den 03.02.2011, um 13 Uhr in der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Fakultät Ressourcenmanagement, Buesgenweg 1a 37077 Göttingen. Interessenten sind herzlich willkommen!

Regionen im Dialog

Regionen im Dialog e.V.  
Geschäftsstelle bei der EUREGIO e.V.  
Enscheder Strasse 362  
48572 Gronau  
Fon: +49 2562 7020  
info@euregio.de  
www.regionenimdialog.de

regionuisse  
Netzwerkstelle Regionalentwicklung  
Centre du réseau de développement régional  
Centro della rete di sviluppo regionale  
Center de la reit per il svilup regional



Regionen im Dialog

## Memorandum of Understanding

Wir,

die einzelnen Einrichtungen im Bereich Regionalentwicklung Deutschlands, der Schweiz und Österreichs haben im Sinne einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und des Ausbaus eines Netzwerks zum Informationsaustausch und zur Kooperation beschlossen, mit vorliegendem Dokument zum Ausdruck zu bringen,

dass wir

nach dem Prinzip des „Regional Governance“ zusammenarbeiten und uns gegenseitig unterstützen wollen.

Wir unterstützen funktionale Regionen, die von den Gemeinden getragen werden und setzen dafür - dem Zweck entsprechend – nationale und internationale finanzielle Mittel ein. Wir stärken unsere Mitglieder, damit sie ihre Selbsthilfekräfte mobilisieren und Synergieeffekte durch Kooperationen nutzen. Dies beruht auf allgemeinen Grundsätzen der Kooperation von Netzwerken und auf vereinbarten Regelungen der beteiligten Institutionen.

Das Prinzip „Regional Governance“ als Arbeitsmethode entwickeln wir weiter. Durch Kooperationen wollen wir die Regionalentwicklung im Spannungsfeld zwischen Innovation und Konsolidierung weiter voranbringen.

Die Obmänner des Vereins Regionen im Dialog, der Netzwerkstelle Regionalentwicklung – Regiosuisse und des Vereins Regionalmanagement Österreich:

Michael R. Schäfer  
(Präsident Regionen im Dialog)

Sebastian Bellwald  
(Geschäftsleiter regiosuisse)

Karl G. Becker  
(Obmann Regionalmanagement Österreich)